

**Stadt Rosenfeld
Zollernalbkreis**

S A T Z U N G

**über den Bebauungsplan "Hag 1. Änderung"
in Rosenfeld**

Aufgrund der §§ 1-4, 8-10 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27.08.1997 (BGBl. I S. 2081) und den §§ 74 und 75 der Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO) in der Fassung vom 08. August 1995 (GBl. S. 617) in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 03. Oktober 1983 (GBl. S. 578, berichtigt S. 720), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 18. Dezember 1995 (GBl. 1996 S. 29), hat der Gemeinderat der Stadt Rosenfeld am 23. April 1998 den Bebauungsplan "Hag 1. Änderung" in Rosenfeld als

S a t z u n g

beschlossen.

§ 1

Räumlicher Geltungsbereich

Der räumliche Geltungsbereich ergibt sich aus der Festsetzung des Bebauungsplanes.

§ 2

Bestandteile des Bebauungsplanes

Der Bebauungsplan besteht aus:

1. Bebauungsplan zeichnerischer Teil und Zeichenerklärung vom 08.04.1998 im Maßstab 1:500.

2. Textteil zum Bebauungsplan vom 08.04.1998 mit den Örtlichen Bauvorschriften, beide gefertigt von der PS Gesellschaft für Baulanderschließung mbH in 72033 Göppingen.

Anlagen:

Begründung zum Bebauungsplan vom 08.04.1998

§ 3

Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne des § 75 LBO handelt, wer den aufgrund von § 9 Abs. 4 BauGB in Verbindung mit § 74 LBO getroffenen Festsetzungen des Bebauungsplanes zuwiderhandelt.

§ 4

Inkrafttreten

Dieser Bebauungsplan tritt mit der öffentlichen Bekanntmachung (§ 10 Abs. 3 BauGB) in Kraft.

Der Bebauungsplan kann einschließlich seiner Begründung bei der Stadtverwaltung Rosenfeld, Frauenberggasse 1, Zimmer 5 und 6, während der üblichen Dienststunden eingesehen werden. Jedermann kann den Bebauungsplan einsehen und über seinen Inhalt Auskunft verlangen.

§ 5

Entschädigungsansprüche

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB über die Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche, deren Leistung schriftlich beim Entschädigungspflichtigen zu beantragen ist, und des § 44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

§ 6

Rechtsbehelfsbelehrung

Eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 und 2 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften sowie Mängel in der Abwägung sind gemäß § 215 Abs. 1 Nr. 1 und 2 BauGB unbeachtlich, wenn die Verletzung der o.g. Verfahrens- und Formvorschriften nicht innerhalb eines Jahres, Mängel in der Abwägung nicht innerhalb von sieben Jahren seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Stadt Rosenfeld geltend gemacht worden sind. Bei Geltendmachung ist der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, darzulegen.

Rosenfeld, den 24. April 1998



(Haasis)
Bürgermeister

AUSFERTIGUNG:

Es wird bestätigt, daß diese Satzung mit ihren Bestandteilen als Bebauungsplan vom Gemeinderat beschlossen und daß das für die Aufstellung von Bebauungsplänen vorgeschriebene Verfahren beachtet wurde.

Rosenfeld, den 27. 04. 98



(Haasis)
Bürgermeister

V e r f a h r e n s v e r m e r k e

Änderungsbeschluß
(§ 2 Abs.1 BauGB)

vom 27.11.1997

Ortsübliche Bekanntmachung
(§ 2 Abs.1 BauGB)

am **08.01.98**

vorgezogene Beteiligung der Träger
öffentlicher Belange (§ 4 Abs.1 BauGB)

am 17.12.1997

Auslegungsbeschluß
(§ 3 Abs.2 BauGB)

vom 26.02.1998

Ortsübliche Bekanntmachung
(§ 3 Abs.2 BauGB)

am 05.03.1998

Benachrichtigung der Träger öffentlicher Belange
(§ 3 Abs.2 BauGB)

am **09.03.98**


Öffentliche Auslegung
(§ 3 Abs.2 BauGB)

vom 13.03.1998 bis 27.03.1998

Dieser Bebauungsplan wurde
gemäß § 10 BauGB durch den Gemeinderat
von Rosenfeld als Satzung beschlossen.
Rosenfeld, den **24.04.98**

am 23.04.1998




Manfred Haasis, Bürgermeister

Anzeige des Bebauungsplans
(§ 10 BauGB)

vom
Az.

Ortsübliche Bekanntmachung der Anzeige
(§ 10 BauGB)

am

In Kraft getreten
(§ 10 BauGB)

am **04.06.98**

Für die Stadt Rosenfeld




Manfred Haasis, Bürgermeister